

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. Juni 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

B 50 B Jahresbericht 2024 - Teil I: Geschäftsbericht (B 50a) / Teil II: Jahresrechnung (B 50b) - Kantonsratsbeschluss über die Abschreibung von Motionen und Postulaten / Finanzdepartement

Antrag PFK zu S. 20 / Ziff. 4, BUWD: Die Motion M 345 Bärtsch Korintha und Mit. über die Schaffung eines Fonds oder eines anderen geeigneten mehrjährigen Finanzierungsinstruments für das Energieförderprogramm ist nicht abzuschreiben.

Reto Frank: Die Motionärin zeigt in ihrer Motion auf, dass aus den bereitgestellten Fördergeldern für die Umsetzung des Klima- und Energieberichtes einmal mehr und einmal weniger Gelder abgerufen werden können und sich die finanziellen Mittel in Zukunft stark erhöhen. Um bei diesen Geldern zwischen den operativen Aufgaben der Dienststelle Umwelt und Energie (Uwe) und den Förderprogrammen Energie differenzieren zu können, ist eine saubere Trennung nötig. Bislang sind diese Gelder aber unter dem Globalbudget unter dem Aufgabenbereich 2040 beim Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD), Umwelt und Energie zusammengefasst. Der Forderung der Motion M 345 lautet wörtlich: «Der Regierungsrat wird beauftragt, die notwendigen Voraussetzungen für einen Fonds oder ein anderes geeignetes mehrjähriges Finanzierungsinstrument für das Energieförderprogramm zu schaffen.» In der Begründung heisst es: «Es braucht eine saubere Trennung zwischen den (operativen) Aufgaben der Uwe und dem Förderprogramm Energie.» Dieser Forderung ist die Regierung vollumfänglich nachgekommen. Nebst den bestehenden Aufgabenbereichen 2040 BUWD, Umwelt und Energie, wurde von der Regierung der neue Aufgabenbereich 2045 BUWD, Förderung, Klima und Energie geschaffen. Künftig werden die Gelder in diesen beiden Aufgabenbereichen differenziert dargestellt und somit getrennt ausgewiesen, so wie es die Motion vorgesehen hat. Mit der strukturellen Ergänzung im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) und im Jahresbericht wurde der geforderten Transparenz nachgekommen und somit ist der Antrag der Motion vollumfänglich erfüllt. Deshalb kann die Motion abgeschrieben werden.

Urs Brücker: Ausnahmsweise sind wir fast gleicher Meinung wie die SVP. Die GLP-Fraktion lehnt den Antrag ebenfalls ab. Im Oktober 2021 lagen drei dieser Motionen vor. Bei der Motion M 345 gibt es auch noch andere Lösungen als die mit der Aufteilung des Globalbudgets geschaffenen. Das Gesetz über die Steuerung der Finanzen und Leistungen (FLG) lässt schon lange zu, dass einerseits Nachtragskredite gesprochen werden können. Andererseits gibt es die bewilligte Kreditüberschreitung, die es zulässt, nicht genutzte Beträge ins nächste Jahr zu übertragen. Daher könnte auch die Motion M 588 von Patrick Hauser abgeschrieben werden, das ist aber heute nicht das Thema. Ein nach wie vor bestehendes Problem ist die Motion M 641. Bei dieser Motion tut sich gar nichts, das ist

schade, denn es ist eine sinnvolle Motion. Der Kern dieser gesetzlichen Grundlage wäre die Schaffung eines Finanzierungsgefässes und nicht eines Fonds. Man könnte sich beispielsweise an der Mechanik der Wirtschaftsförderung orientieren, wo gemeinsam mit Privaten die Finanzierung innovativer Projekte und Technologien ermöglicht wird. Sehr gute Beispiele entsprechender Technologien sind in der Motion M 641 bereits aufgeführt. Deshalb sollte der Regierungsrat dafür besorgt sein, dass es bei der Umsetzung der Motion M 641 endlich vorwärtsght. Fonds braucht es aber keinen.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Die Kommission hat über diesen Antrag diskutiert. Sie liess sich dabei davon leiten, dass einerseits die beiden Motionen M 588 und M 641 noch nicht abgeschrieben sind. Andererseits war die PFK der Ansicht, dass sich die RUEK bei der Antragsstellung etwas überlegt hat. Die PFK hat dem vorliegenden Antrag mit 12 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Samuel Zbinden: Ich glaube auch, dass sich die RUEK bei ihrem Antrag auf Nichtabschreibung etwas überlegt hat, denn dieser war unbestritten. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag der RUEK bzw. der PFK zu folgen. Es gibt durchaus einen Grund, weshalb alle drei Motionen nicht abgeschrieben werden sollten: Die Forderungen aller drei Motionen sind gleichlautend. Es ist deshalb nicht sinnvoll, eine davon als die bessere zu bezeichnen. Die drei Motionen wurden gemeinsam behandelt und sollen deshalb auch nicht einzeln abgeschrieben werden. Zudem sollen sie erst dann abgeschrieben werden, wenn der zweite Teil ihrer Forderung erfüllt ist, nämlich wenn der Fonds mit Geld gespiesen wurde. Ich gehe davon aus, dass die Mehrheit unseres Rates den Antrag der PFK unterstützt.

Sara Muff: Ich schliesse mich dem Votum von Samuel Zbinden an. Die Motion ist weder materiell erfüllt noch überholt. Solange der Kanton keinen Fonds oder ein gleichwertiges mehrjähriges Instrument geschaffen hat, darf die Motion nicht abgeschrieben werden. Alles andere wäre ein Rückschritt. So wurde es zudem auch in der RUEK und der PFK besprochen. Ich bitte Sie, dem Antrag der PFK zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Der Regierungsrat hält an seinem Antrag fest. Die Motion von Korintha Bärtsch zielt darauf ab, den Regierungsrat zu beauftragen, die notwendigen Voraussetzungen für einen Fonds oder ein anderes geeignetes mehrjähriges Finanzierungsinstrument für das Energieförderprogramm zu schaffen. Es wird eine saubere Trennung zwischen den operativen Aufgaben der Uwe und dem Energieförderprogramm sowie Kontinuität und Planungssicherheit über mehrere Jahre gefordert. Das Anliegen der Motion ist mit dem neuen Aufgabenbereich 2045, Förderung Klima und Energie vollumfänglich umgesetzt. Daran ändert sich auch nichts, wenn die Motion nicht abgeschrieben wird. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, den Antrag abzulehnen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 77 zu 35 Stimmen zu.

Antrag PFK zu S. 20 / Ziff. 24, BUWD: Das Postulat P 558 Hartmann Armin und Mit. über dringliche Massnahmen zur Erreichung des Investitionsziels 2021 und zur Umsetzung von Wasserbauprojekten ist nicht abzuschreiben.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Die PFK hat den Antrag mit 12 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung überwiesen. Der Antrag stammt aus der VBK. Die VBK will nach wie vor Druck machen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Entwicklung der Investitionen im Bereich Naturgefahren ist gemäss

AFP 2025–2028 so, dass 2025 37,5 Millionen Franken, 2026 40 Millionen Franken und ab 2027 45 Millionen Franken eingestellt sind. Der Vorstoss aus dem Jahr 2021 hatte die Zielsetzung, eine Erhöhung des Investitionsvolumens im Bereich der Naturgefahren zu erreichen. Mit diesen Zahlen ist das Anliegen umgesetzt und der Vorstoss daher nicht mehr erforderlich. Zudem hat das BUWD die Arbeiten zu einer Teilrevision des Wasserbaugesetzes an die Hand genommen. Das Anliegen der risikobasierten Raumplanung wird dort ebenfalls Eingang finden. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, die Regierung hält an der Abschreibung der Motion Hartmann fest.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 104 zu 8 Stimmen zu.

Antrag PFK zu S. 20 / Ziff. 28, BUWD: Das Postulat P 628 Estermann Rahel und Mit. über die Förderung der Produktion von klimapositiver Biokohle ist nicht abzuschreiben.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Der Antrag stammt von der RUEK. Die Begründung für die Nichtabschreibung lautet, dass die Resultate des Berichtes noch nicht publiziert sind. Die PFK hat dem Antrag mit 15 zu 2 Stimmen zugestimmt. Ich bitte Sie, der PFK zu folgen.

Reto Frank: Eigentlich wurde der Bericht über die Umsetzung noch nicht erstellt. Die Empfehlungen für die Praxis und das Merkblatt wurden hingegen erstellt und im Netz aufgeschaltet. Die Studie ist abgeschlossen, aber der Bericht liegt noch nicht vor. Somit ist praktisch alles erledigt. Daher ist die SVP-Fraktion der Meinung, dass das Postulat abgeschrieben werden kann.

Simon Howald: Die GLP-Fraktion begrüsst die Absicht des Postulats Anreize zu schaffen, damit im Kanton Luzern vermehrt Biokohle durch Pyrolyse hergestellt und eingesetzt wird. Dabei sollen unserer Meinung nach verschiedene Massnahmen in Zusammenarbeit mit Verbänden und Unternehmen geprüft werden. Gemäss seiner Stellungnahme schreibt der Regierungsrat gewillt zu sein, diese Aufgabe umzusetzen, einen Teil hat er bereits erledigt. Die GLP-Fraktion sieht aber die Forderung des Postulates als noch nicht erfüllt an und stimmt dem Antrag auf Nichtabschreibung zu.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Wie im Jahresbericht festgehalten, wurde das Anliegen des Postulats in den Massnahmen- und Umsetzungsplan zum Planungsbericht Klima und Energie mit der Massnahme KS-W4.1 aufgenommen. Die im Jahresbericht erwähnten Empfehlungen für die Praxis wurden entsprechend aufgenommen. Deshalb hält der Regierungsrat an der Abschreibung fest. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 84 zu 27 Stimmen zu.

Antrag PFK zu S. 22 / Ziff. 15, FD: Das Postulat P 1062 Zemp Gaudenz und Mit. über die Revision der Zahlungsfristen des Kantons ist nicht abzuschreiben.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag stammt von der VBK. Die VBK erhält nach wie vor Rückmeldungen, dass die Zahlungsfristen nicht eingehalten werden. Die PFK hat dem Antrag grossmehrheitlich zugestimmt.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Für den Kanton Luzern gelten standardmässig Zahlungsfristen von 30 Tagen, soweit vertraglich keine anderen Vereinbarungen getroffen werden. Im Baubereich richten wir uns nach den einschlägigen Bestimmungen gemäss SIA-Norm 118, damit eine ordnungsgemässe Kostensteuerung und -überwachung in der in der Regel komplexen und umfangreichen Bauabrechnung sichergestellt werden kann. Die damit verbundenen

Konditionen werden den Unternehmen im Zusammenhang mit der Offertstellung bereits bekannt gegeben. Im Fazit sind wir also transparent und die Fristen entsprechen den einschlägigen SIA-Normen. Wir werden unsere Bemühungen aufrechterhalten, die Fristen einzuhalten, sehen aber keinen Handlungsbedarf und bitten Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 110 zu 0 Stimmen zu.

Antrag PFK zu S. 22 / Ziff. 16, FD: Das Postulat P 1090 Roth David und Mit. über die Begrenzung der Löhne der Verwaltungsratsmitglieder ist nicht abzuschreiben.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag wurde unter anderem von der WAK gestellt. Die PFK hat dem Antrag mit 15 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung zugestimmt. Die Begründung lautete, dass der Regierungsrat mit der Entwicklung der Eignerstrategien beschäftigt ist. Man fand es nicht opportun oder es würde ein falsches Zeichen gesetzt, wenn das Postulat abgeschrieben würde. Ich bitte Sie, der PFK zu folgen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die Regierung anerkennt, dass es sich hier um ein heikles Thema handelt. Deshalb versucht der Regierungsrat auch, das Postulat so weit wie möglich sinnvoll umzusetzen. Eine enge Umsetzung mit der geforderten Begrenzung der Vergütung lässt sich aber nicht zufriedenstellend umsetzen. Der Kreis der für die Besetzung von Funktionen verfügbaren Funktionen würde dadurch zu stark eingeschränkt. Wir werden die Eignerstrategien 2025 bald publizieren. Darin sind auch die Aussagen zu den Vergütungen enthalten. Ich bitte Sie dem Antrag der Regierung zu folgen und das Postulat abzuschreiben.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 105 zu 4 Stimmen zu.

Antrag Anja Meier zu S. 24 / Ziff. 6, JSD: Die Motion M 618 Meier Anja und Mit. über eine kantonale Gesetzesgrundlage für Transparenz in der Luzerner Politikfinanzierung ist nicht abzuschreiben.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag lag der PFK vor und wurde mit 13 zu 4 Stimmen abgelehnt. Man folgte der Begründung des Regierungsrates, der bekannt gab, dass das Thema auf Bundesebene behandelt wurde und man nun Erfahrungen sammeln will. Ich bitte Sie, dem Antrag der PFK zu folgen.

Anja Meier: Im Juni 2022 hat unser Rat meine Motion über eine kantonale Gesetzesgrundlage für Transparenz in der Politikfinanzierung auf Antrag der Regierung hin als Postulat erheblich erklärt. Der Auftrag des Parlaments war somit klar: Die Einführung der neuen Transparenzregelung auf Bundesebene und der nationalen Evaluationsregelung sollen abgewartet werden, um danach zu prüfen ob und wie auf kantonaler Ebene vergleichbare Regeln eingeführt werden sollen. Seit dem 1. Januar 2023 gelten in der Schweiz, notabene als letztes Land in Europa, Vorgaben auf Bundesebene. Spenden ab 15 000 Franken an Parteien oder Komitees müssen offengelegt werden. Bei Kampagnen ab 50 000 Franken ist die Finanzierung transparent zu machen und die Parteien müssen ihre Jahresrechnung veröffentlichen. Die Evaluation dieser Regelung, die vom Kanton Luzern damals in der Vernehmlassung eingefordert wurde, ist für das Jahr 2025 angekündigt. Trotzdem möchte die Regierung das Postulat abschreiben, bevor die Evaluation vorliegt. Die Begründung lautet, dass selbst mit der Evaluation gewisse Vorbehalte nicht beseitigt würden. Aber diese Abkürzung greift viel zu kurz. Wer eine Prüfung verlangt, danach aber vor dem Ergebnis behauptet, dass diese nichts bringt, macht es sich zu einfach. Mit Verlaub, aber die Vorwegnahme des Resultats ohne den Evaluationsbericht erweckt den Eindruck, dass man

sich einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Thema entziehen will und nicht wirklich Interesse an einer faktenbasierten Entscheidungsgrundlage hat. Der Zeitpunkt für die Abschreibung ist deshalb nicht jetzt, sondern erst nach Vorliegen der angekündigten und vom Kanton Luzern eingeforderten Evaluation und wenn wir eine gute Entscheidungsgrundlage haben. Eine Abschreibung zum heutigen Zeitpunkt ignoriert die Tatsache, dass immer mehr Kantone und Gemeinden, notabene auch im Kanton Luzern, eigene Transparenzregeln einführen. Luzern steht also nicht allein da, im Gegenteil, bei einer Abschreibung drohen wir den Anschluss zu verpassen. Die anstehende Revision des Stimmrechtsgesetzes bietet eine ideale Gelegenheit, um das Thema weiter zu verfolgen. Für eine Luzerner Lösung sind notabene insbesondere auch die Erfahrungen anderer Kantone relevant. Dort bestehen zum Teil seit Jahren erprobte Modelle, die man seriös prüfen könnte, wenn man möchte. Bei der Bevölkerung stossen Transparenzregelungen in der Politikfinanzierung zu Recht auf grosse Unterstützung, sei es an der Urne oder bei Umfragen. Das geht auch uns als Parteien etwas an. Wir politischen Parteien oder Abstimmungskomitees sind kein Jassclub oder Fussballverein, aber wir üben politische Macht aus. Politische Macht benötigt aber auch eine demokratische Kontrolle. Transparenz in der Politikfinanzierung schafft Vertrauen, stärkt unsere Demokratie und ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für einen fairen, offenen Austausch bei Wahlen und Abstimmungen. Gerade auch in Zeiten, in denen das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik schwindet, müssen wir als Luzerner Politik und als Kantonsrat mit Nachvollziehbarkeit und mit Glaubwürdigkeit antworten. Deshalb beantragen wir, den Vorstoss noch nicht abzuschreiben, sondern erst, wenn wir eine sorgfältige Grundlage haben, um das fundiert beurteilen zu können.

Eva Lichtsteiner: Damals wurde festgelegt, dass der nationale Evaluationsbericht abgewartet werden soll. Das Ergebnis dieses Berichts liegt aktuell noch nicht vor. Wir können also das Ergebnis noch nicht vorwegnehmen. Daher stimmt die Grüne Fraktion dem Antrag zu.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Wir befinden uns im abgekürzten Verfahren, deshalb halte ich mich kurz. Der Präsident der PFK hat erwähnt, dass die entsprechenden Abklärungen auf nationaler Stufe laufen und noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Die Regierung beantragt daher, den Antrag abzulehnen und die als Postulat überwiesene Motion abzuschreiben.

Der Rat lehnt den Antrag mit 84 zu 27 Stimmen ab.

Antrag PFK zu S. 21 / Ziff. 5, BKD: Das Postulat P 721 von Estermann Rahel namens der Kommission EBKK über die Kenntnissnahme des Leistungsauftrags an das Luzerner Theater ist nicht abzuschreiben.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsident Ruedi Amrein.

Ruedi Amrein: Dieser Antrag stammt von der EBKK. Die Begründung lautet, dass dieser Leistungsauftrag jährlich und nicht einmalig ist. Gerade nach der Ablehnung des Luzerner Theaters findet die EBKK das besonders wichtig. Die PFK hat dem Antrag mit 17 zu 0 Stimmen zugestimmt. Ich bitte Sie, der PFK zu folgen.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Der Auslöser für dieses Kommissionpostulat war die Einflussnahme des Kantonsrates auf die Leistungsvereinbarung des Zweckverbandes mit dem Luzerner Theater im Hinblick auf den Neubau des Luzerner Theaters und den damit verbundenen Erhöhungen des Kantonsbeitrags an den Zweckverband. Die Ausgangslage hat sich mit der Ablehnung des Neubaus durch die städtische Stimmbevölkerung aber vollständig geändert. Bis zu einem

allfälligen neuen Projekt werden mutmasslich Jahre vergehen. Den Vorstoss so lange auf der Liste der zu bewirtschaftenden Vorstösse zu lassen, wäre systemwidrig. Wir beantragen Ihnen, das Postulat abzuschreiben.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 81 zu 31 Stimmen zu.

Folgende Motionen, Postulate und Einzelinitiativen werden abgeschrieben:

Staatskanzlei

Einzelinitiativen

1. *Hartmann Armin* und Mit. über die Grund- und Notfallversorgung an den Spitalstandorten (E 1036). Eröffnet am 29.11.2022, Zustimmung einer Kommissionseinsetzung am 31.01.2023
2. *Meier Anja* und Mit. über die Grund- und Notfallversorgung an den Spitalstandorten (E 1038). Eröffnet am 29.11.2022, Zustimmung einer Kommissionseinsetzung am 31.01.2023
3. *Marti André* und Mit. über die Grund- und Notfallversorgung an den Spitalstandorten (E 1039). Eröffnet am 29.11.2022, Zustimmung einer Kommissionseinsetzung am 31.01.2023
4. *Roos Guido* und Mit. über die Grund- und Notfallversorgung an den Spitalstandorten (E 1040). Eröffnet am 29.11.2022, Zustimmung einer Kommissionseinsetzung am 31.01.2023
5. *Koch Hannes* und Mit. über die Grund- und Notfallversorgung an den Spitalstandorten (E 1042). Eröffnet am 29.11.2022, Zustimmung einer Kommissionseinsetzung am 31.01.2023

Motionen

1. *Stutz Hans* und Mit. über die Stärkung der Finanzkontrolle (M 1086). Eröffnet am 20.03.2023, teilweise erheblich am 09.09.2024

Postulate

2. *Zbinden Samuel* und Mit. über ein Vorstossrecht für die kantonale Jugendsession (P 788). Eröffnet am 25.01.2022, teilweise erheblich am 26.06.2023
3. *Steiner Bernhard* und Mit. über die aktive Information des Kantonsrates über die interkantonalen Regierungskonferenzen (M 928). Eröffnet am 21.06.2022, teilweise erheblich als Postulat am 11.09.2023 (in Verbindung mit Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Motionen

5. *Nussbaum Adrian* und Mit. über die Beschleunigung von Bau und Betrieb von PV-Anlagen zur Stromproduktion im Kanton Luzern (M 612). Eröffnet am 11.05.2021, erheblich am 21.03.2022
9. *Dubach Georg* und Mit. über einen Planungsbericht mit einer Auslegeordnung über die rechtlichen Grundlagen, die tatsächlichen Auswirkungen und die künftige Praxis zur Bewilligung von Tempo 30 auf innerörtlichen Hauptstrassen im Kanton Luzern (M 1079). Eröffnet am 20.03.2023, teilweise erheblich am 30.10.2023
10. *Budmiger Marcel* namens der SP-Fraktion, *Bärtsch Korintha* namens der Grünen Fraktion, *Nussbaum Adrian* namens der Mitte-Fraktion, *Cozzio Mario* namens der GLP-Fraktion, *Dubach Georg* namens der FDP-Fraktion, *Lüthold Angela* namens der SVP-Fraktion über eine Kantonsinitiative für den Durchgangsbahnhof Luzern (M 140). Eröffnet am 30.01.2024, erheblich am 22.10.2024

Postulate

3. *Hess Markus* und Mit. über die Förderung von Recycling-Material im Bauwesen (P 584). Eröffnet am 19.06.2018, teilweise erheblich am 29.01.2019
13. *Lüthold Angela* und Mit. über Subventionsbezüge klären und vorbeugen (P 227). Eröffnet am 18.05.2020, teilweise erheblich am 18.05.2020
26. *Özvegyi András* und Mit. über die Ergänzung des Solarpotentialkatasters mit geeigneten

Vertikalflächen (P 593). Eröffnet am 10.05.2021, teilweise erheblich am 21.03.2022

29. *Heeb Jonas* und Mit. über «eine Solaranlage auf oder an jedes Gebäude» (M 633). Eröffnet am 21.06.2021, erheblich als Postulat am 21.03.2022

37. *Marti Urs* und Mit. über die Vorkommen des Welses und dessen Befischung zu Guns-ten der Biodiversität (P 784). Eröffnet am 24.01.2022, teilweise erheblich am 20.06.2023

40. *Knecht Willi* und Mit. über die Ernährungssicherheit der Schweiz in Krisensituationen (P 851). Eröffnet am 16.05.2022, teilweise erheblich am 31.01.2023

44. *Lehmann Meta* und Mit. über ein Massnahmenpaket betreffend Elektroheizungen (P 933). Eröffnet am 12.09.2022, erheblich am 30.10.2023

47. *Piazza Daniel* und Mit. über den beschleunigten Ersatz von Elektroheizungen (P 963). Eröffnet am 12.09.2022, erheblich am 30.10.2023

67. *Brücker Urs* und Mit. über den Vollzug der Pegelkorrekturen bei Blockheizkraftwerken (P 50). Eröffnet am 18.09.2023, erheblich am 28.10.2024

70. *Bärtsch Korintha* und Mit. über die Förderung der finanziellen Beteiligung der lokalen Bevölkerung an Windkraftanlagen (P 90). Eröffnet am 30.10.2023, erheblich am 18.03.2024

78. *Müller Guido* und Mit. über den Erhalt des Mehrfahrtenkartensystems im öffentlichen Verkehr (P 147). Eröffnet am 18.03.2024, erheblich am 18.06.2024

79. *Pardini Gianluca* und Mit. über die Zugänglichkeit des öffentlichen Verkehrs für alle Menschen (P 151). Eröffnet am 18.03.2024, erheblich am 18.06.2024

85. *Muff Sara* und Mit. über die Verschärfung der Schiffsreinigungspflicht (P 214). Eröffnet am 17.06.2024, teilweise erheblich am 18.06.2024 (in Verbindung mit Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Bildungs- und Kulturdepartement

Postulate

1. *Ledergerber Michael* und Mit. über die Umsetzung des Nachteilsausgleiches auf allen Stufen (P 66). Eröffnet am 18.06.2019, erheblich am 23.06.2020 (in Verbindung mit Gesundheits- und Sozialdepartement)

3. *Galliker-Tönz Gertrud* und Mit. über Bildungsgutscheine für fachliche Umschulungen und Weiterbildungen zur Erhaltung und Förderung der beruflichen Qualifikationen vor allem auch in zukunftsgerichteten Technologien (P 629). Eröffnet am 21.06.2021, erheblich am 31.10.2022

6. *Schneider Andy* und Mit. über die Entschädigung und die Unterstützung der Gemeinden nach Abbruch des Projekts NewRise der Schuladministrationssoftware Educase (P 804). Eröffnet am 21.03.2022, teilweise erheblich am 23.05.2022

8. *Candan Hasan* und Mit. über die Sicherstellung des Betriebes des Agrarmuseums Burgrain (P 858). Eröffnet am 16.05.2022, teilweise erheblich am 12.09.2023 (in Verbindung mit Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

10. *Stadelmann Karin Andrea* und Mit. über die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Zugang zur Schlichtungsstelle für Volksschullehrpersonen (M 921). Eröffnet am 20.06.2022, erheblich als Postulat am 18.09.2023 (in Verbindung mit Finanzdepartement)

14. *Zemp Gaudenz* und Mit. über die Finanzierung der Forschung und Entwicklung an der Hochschule Luzern – Technik und Architektur (P 1014). Eröffnet am 31.10.2022, erheblich am 26.06.2023

15. *Zemp Gaudenz* und Mit. über den Berufs- und Studienwahlprozess an den Luzerner Untergymnasien (P 1015). Eröffnet am 31.10.2022, erheblich am 04.12.2023

16. *Sager Urban* und Mit. über einen besseren Schutz vor Diskriminierung an Luzerner Schulen (P 1034). Eröffnet am 28.11.2022, teilweise erheblich am 30.01.2024

20. *Muff Sara* und Mit. über die zweite Entlastungsstunde für Klassenlehrpersonen von

Heilpädagogischen Institutionen (P 1093). Eröffnet am 20.03.2023, teilweise erheblich am 06.05.2024

24. *Nussbaum Adrian* und Mit. über die externe Überprüfung des Betriebskonzepts des Neuen Luzerner Theaters unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen (P 35). Eröffnet am 12.09.2023, erheblich am 30.01.2024

25. *Fässler Peter* und Mit. über eine Erhöhung der Trägerrestfinanzierung der Fachhochschule Zentralschweiz um 0,5 Prozent (P 58). Eröffnet am 23.10.2023, teilweise erheblich am 30.01.2024

26. *Lang Barbara* und Mit. über den Einsatz des Sonderprivatauszugs aus dem Strafregister-Informationssystem des Bundesamtes für Justiz im Tätigkeitsbereich mit Minderjährigen und anderen besonders schutzbedürftigen Personen (M 67). Eröffnet am 23.10.2023, teilweise erheblich als Postulat am 28.10.2024 (in Verbindung mit Finanzdepartement)

Finanzdepartement

Motionen

3. *Brunner Simone* und Mit. über eine Standesinitiative zur Einführung der zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung (M 656). Eröffnet am 22.06.2021, erheblich am 23.05.2022

4. *Peyer Ludwig* und Mit. über einen Planungsbericht zur Standortfindung wichtiger kantonaler Institutionen in der Stadt Luzern (M 751). Eröffnet am 07.12.2021, erheblich am 22.03.2022

6. *Zemp Gaudenz* namens der Spezialkommission (SPEZK) über die Planung für das Museum Luzern am bisherigen Standort (M 210). Eröffnet am 17.06.2024, erheblich am 18.06.2024

7. *Zemp Gaudenz* namens der Spezialkommission (SPEZK) über die Planung eines neuen Standortes für das Kantonsgericht (M 211). Eröffnet am 17.06.2024, erheblich am 18.06.2024

Postulate

5. *Lehmann Meta* und Mit. über Photovoltaikmodule an der Fassade des zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz (P 517). Eröffnet am 15.03.2021, erheblich am 21.06.2021

7. *Heeb Jonas* und Mit. über die Erarbeitung eines alternativen Standortes für die geplante Gerichtsmeile (P 573). Eröffnet am 10.05.2021, erheblich am 22.03.2022

8. *Schaller Riccarda* und Mit. über eine aktive Unterstützung der Individualbesteuerung durch die Regierung (P 598). Eröffnet am 10.05.2021, erheblich am 23.05.2022

13. *Müller Guido* und Mit. über die Schaffung eines Anreizmodells für Pensumerhöhungen von Mitarbeitenden (P 968). Eröffnet am 19.09.2022, teilweise erheblich am 26.06.2023

14. *Nussbaum Adrian* namens der Mitte-Fraktion über die Erhöhung des Versicherungsabzugs (M 980). Eröffnet am 24.10.2022, erheblich als Postulat am 29.01.2024

18. *Bucher Markus* und Mit. über das Einrichten einer Möglichkeit für Kantonsangestellte einfach Vorschläge für Einsparungen und Effizienzsteigerungen zu melden (P 91). Eröffnet am 30.10.2023, teilweise erheblich am 10.09.2024

Gesundheits- und Sozialdepartement

Motionen

1. *Steiner Bernhard* und Mit. über die medizinische Grundversorgung in der Luzerner Spitallandschaft (M 658). Eröffnet am 22.06.2021, teilweise erheblich am 17.05.2022

2. *Budmiger Marcel* und Mit. namens der Fraktionen SP und Die Mitte über mehr Mitsprache und Verbindlichkeit beim Leistungsangebot der Luzerner Spitäler sowie die Klärung des Leistungsangebotes für das Spital Wolhusen (M 875). Eröffnet am 16.05.2022, erheblich am 17.05.2022

Postulate

3. *Budmiger Marcel* und Mit. über barrierefreie Kommunikation im Kanton Luzern (P 409). Eröffnet am 27.10.2020, teilweise erheblich am 22.06.2021
4. *Schneider Andy* und Mit. über den Verzicht auf Demenzzuschläge gemäss kantonaler Demenzstrategie Ziel 4 (P 693). Eröffnet am 14.09.2021, erheblich am 19.09.2022
5. *Setz Isenegger Melanie* und Mit. über die Errichtung eines Zentrums zur medizinischen Erstversorgung bei häuslicher und sexueller Gewalt (P 739). Eröffnet am 06.12.2021, erheblich am 20.06.2023 (in Verbindung mit Justiz- und Sicherheitsdepartement)
6. *Setz Isenegger Melanie* und Mit. über die Errichtung einer Präventionsstelle Pädosexualität (P 814). Eröffnet am 21.03.2022, erheblich am 27.03.2023
7. *Setz Isenegger Melanie* und Mit. über die Regelung der Ausrichtung der Bereitschaftsentschädigung für Hebammen (P 926). Eröffnet am 21.06.2022, teilweise erheblich am 31.01.2023
8. *Brunner Simone* und Mit. über sofortige Massnahmen zur besseren Gesundheitsversorgung von Long-Covid-Betroffenen (P 1095). Eröffnet am 27.03.2023, teilweise erheblich am 30.01.2024
9. *Schumacher Urs Christian* und Mit. über die Erfassung von mRNA-Impfschäden im Kanton Luzern (M 9). Eröffnet am 26.06.2023, teilweise erheblich als Postulat am 09.09.2024
11. *Koch Hannes* und Mit. über die Prüfung der Empfehlungen 1 und 3 aus der Evaluation der KLV-Regelung «Ambulant vor Stationär» im Rahmen der Erarbeitung des Planungsberichtes Gesundheitsversorgung (P 83). Eröffnet am 30.10.2023, erheblich am 19.03.2024
12. *Koch Hannes* und Mit. über die Prüfung der Regulierungen in Bezug auf den Personentransportanbieter Uber (P 84). Eröffnet am 30.10.2023, erheblich am 19.03.2024
14. *Bucher Mario* und Mit. über die Einführung von Debitkarten für Personen des Asylbereichs (M 141). Eröffnet am 18.03.2024, teilweise erheblich als Postulat am 22.10.2024
15. *Steiner Bernhard* und Mit. über die definitive Ausstattung der interdisziplinären Notfall- und Intensivpflegestation am LUKS-Standort Wolhusen (P 161). Eröffnet am 18.03.2024, teilweise erheblich am 19.03.2024
16. *Albrecht Michèle* und Mit. über die Überprüfung der aktuellen Situation zur Ausrichtung der Ergänzungsleistungen (EL) (P 165). Eröffnet am 18.03.2024, teilweise erheblich am 22.10.2024
19. *Budmiger Marcel* namens der SP-Fraktion, *Bärtsch Korintha* namens der Grünen-Fraktion und *Lüthold Angela* namens der SVP-Fraktion über keine Interessenkonflikte im LUKS-Verwaltungsratspräsidium (P 196). Eröffnet am 06.05.2024, teilweise erheblich am 07.05.2024
20. *Meier Anja* und Mit. über Transparenz in Bezug auf die Besetzung des LUKS-Verwaltungsratspräsidiums (P 197). Eröffnet am 06.05.2024, erheblich am 07.05.2024

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Motionen

2. *Winiger Fredy* namens der Staatspolitischen Kommission (SPK) über die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips (M 636). Eröffnet am 21.06.2021, erheblich am 17.05.2022

Postulate

2. *Zemp Gaudenz* und Mit. über Konzeption und Prüfung einer kantonalen Regulierungsbremse (P 268). Eröffnet am 18.05.2020, erheblich am 29.06.2020
3. *Estermann Rahel* und Mit. über neue partizipative Formen der Demokratie dank Digitalisierung (P 339). Eröffnet am 29.06.2020, teilweise erheblich am 25.01.2021
4. *Frey Monique* und Mit. über die Anschaffung von Lärmblichtern bei der Luzerner Polizei (P 369). Eröffnet am 07.09.2020, teilweise erheblich am 25.01.2021

5. *Meier Anja* und Mit. über die Offenlegung der Interessenbindungen von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern auf Gemeindeebene (P 556). Eröffnet am 10.05.2021, erheblich am 23.05.2022
6. *Meier Anja* und Mit. über eine kantonale Gesetzesgrundlage für Transparenz in der Luzerner Politikfinanzierung (M 618). Eröffnet am 21.06.2021, erheblich als Postulat am 21.06.2022
7. *Engler Pia* und Mit. über die Reaktivierung und Weiterentwicklung «Runder Tisch häusliche Gewalt Luzern» (P 737). Eröffnet am 06.12.2021, erheblich am 21.06.2022 (in Verbindung mit Gesundheits- und Sozialdepartement)
8. *Rüttimann Daniel* und Mit. über die Sicherheit bei Fussballspielen in Luzern aufgrund der wiederholt unzumutbaren Umstände und den daraus resultierenden Schäden/Kosten bei FCL-Heimspielen (P 798). Eröffnet am 21.03.2022, erheblich am 29.11.2022
10. *Hartmann Armin* und Mit. über mehr Demokratie im Spannungsfeld von Gemeindeversammlung und Urnenabstimmung (M 839). Eröffnet am 22.03.2022, erheblich als Postulat am 27.03.2023
11. *Stadelmann Karin Andrea* und Mit. über die Prüfung der Einführung einer Schlichtungsstelle für Personalangelegenheiten der Gemeinden im ganzen Kanton Luzern (P 917). Eröffnet am 20.06.2022, erheblich am 11.09.2023 (in Verbindung mit Finanzdepartement)
13. *Meyer Jörg* und Mit. über eine Anpassung der Unterschriftenzahl bei Gemeindeinitiativen (M 988). Eröffnet am 24.10.2022, erheblich als Postulat am 11.09.2023
14. *Stadelmann Karin* und Mit. über eine Einführung einer obligatorischen Sicherheitsveranstaltung über den Bevölkerungsschutz für junge Schweizerinnen im Kanton Luzern (P 1032). Eröffnet am 28.11.2022, teilweise erheblich am 11.09.2023
15. *Käch Tobias* und Mit. über die Ermöglichung von Stellvertretungslösungen für kommunale Parlamente (M 1035). Eröffnet am 29.11.2022, erheblich als Postulat am 11.09.2023
16. *Bärtschi Andreas* und Mit. über beschleunigte Bewilligungsverfahren für die Erwerbstätigkeit von Personen mit Schutzstatus S (P 1054). Eröffnet am 30.01.2023, teilweise erheblich am 31.01.2023
17. *Rölly Franziska* und Mit. über die Herabsetzung des Mindestalters für das vorzeitige Erlangen des Führerscheins der Kategorie M bei unzumutbarem Schulweg (P 127). Eröffnet am 29.01.2024, erheblich am 18.06.2024 (in Verbindung mit Bildungs- und Kulturdepartement)

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Abschreibung von Motionen, Postulaten und Einzelinitiativen, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 110 zu 0 Stimmen zu.